



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen des
BiNe – Bisexuellen Netzwerks e. V.**

1. Bisexuelle (Bi+) outen sich deutlich später (1), dabei sorgt Coming-out deutlich für Zufriedenheit (2). Es gibt bislang 0 geoutete bi+ Bundestagsabgeordneten –anders in anderen Staaten (3). Niemand muss sich outen, aber haben Sie geoutete (!) bi+ Politiker*innen in Ihrer Partei wahrgenommen? Wen?

Antwort:

CDU und CSU achten Persönlichkeitsrechte und Privatsphäre aller Menschen ungeachtet ihrer sexuellen Orientierung. Selbstverständlich werden auch keine Daten über die sexuelle Orientierung von Bundestagsabgeordneten erhoben.

2. Bisexuelle Frauen sind deutlich häufiger als andere Opfer von Vergewaltigung und Gewalt: 61% vs. maximal 44% (4). Junge Bi+ neigen zu Drogenmissbrauch (5).

Bi+ haben ein höheres Risiko, unter Krankheiten zu leiden (6). Welche Maßnahmen speziell für Bisexuelle planen Sie im Gesundheitssystem?

Antwort:

CDU und CSU wenden sich strikt gegen Diskriminierung und stehen an der Seite der Mädchen und Frauen, die Opfer von Gewalt wurden, und all jenen, die davon bedroht sind. Ihrem Schutz müssen wir uns als gesamte Gesellschaft verpflichtet fühlen. Den Opfern von sexualisierter oder häuslicher Gewalt soll flächendeckend angeboten werden, die Spuren vertraulich und gerichtsfest dokumentieren zu lassen, ohne dass ein Ermittlungsverfahren von Amts wegen eingeleitet werden muss. Prävention gegen Drogenmissbrauch und gesundheitspolitische Maßnahmen stehen für alle Menschen zur Verfügung, ganz gleich welche sexuelle Identität oder Orientierung sie haben.

3. 86% der Bi+ wünschen sich mehr Aufklärung über Bisexualität in der Schule (7). Materialien auf bine.net/schule. In der Schulpraxis wird Bi+ meist verschwiegen. Junge bi+ sind keine Minderheit: 39% (8). Wie wollen Sie es fördern, dass Schüler*innen konkret über Bisexualität aufgeklärt werden?

Antwort:

Die Zuständigkeit für Bildung und Lehrpläne, auch im Bereich der Sexualaufklärung, haben in unserem föderalen System die Länder inne.

4. Es gibt in allen Bundesländern einen Aktionsplan gegen LSBTI*-Feindlichkeit, nur in Bayern und auf Bundesebene nicht (9). Welche Inhalte sind Ihnen in so einem Plan wichtig, auch Bi+Inhalte? Werden Sie sich in jeder Koalition dafür einsetzen?

7. Sexualaufklärungs-Gegner gefährden Kinder (15), finden aber in d. Politik Gehör (16). Politiker*innen äußern sich LSBTI*-feindlich (17-18). Sachverständige fordern Initiativen gg. Hasskriminalität gegen LSBTI* (19). Was tun Sie konkret gegen Menschenrechtsfeindlichkeit und für den Schutz von Bi+?

Gemeinsame Antwort auf die Fragen 4 und 7:

CDU und CSU wenden sich innen- wie außenpolitisch klar gegen Diskriminierung aufgrund sexueller Ausrichtung oder Geschlechtsidentität. Gerade in einer Zeit, in der vielerorts die Rechte von LSBTIQ-Personen wieder in Frage gestellt werden, werden wir Menschenrechtsverletzungen gegenüber diesem Personenkreis klar ansprechen und uns für Gleichberechtigung von LSBTIQ-Personen einsetzen. Wir werben für Offenheit und Toleranz.

CDU und CSU befürworten einen Aktionsplan gegen Hassgewalt, u. a. auch zur Sensibilisierung der Ermittlungsbehörden und zur Aufklärung und Bekämpfung von Hassrede („hate speech“). Wir wollen Einrichtungen und Projekte fördern und stärken, die sich Hassgewalt entschieden entgegenstellen und durch Beratung, Aufklärung und Opferhilfe einen Beitrag im Kampf gegen Diskriminierung leisten.

5. Die Forschung hinkt beim Thema Bisexualität hinterher (10). Die Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre ist in Artikel 5 des Grundgesetzes verankert. Welche Möglichkeiten, die Forschung zum Thema Bisexualität anzukurbeln, sehen Sie dennoch?

Antwort:

Für CDU und CSU gilt die im Grundgesetz verankerte Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre. Darüber hinaus können wir prüfen, ob zum Themenbereich Bisexualität weiterer Forschungsbedarf besteht.

6. Sichtbarkeit ist für Bi+ zentral (11). Es gibt in Schles.-Holstein eine Initiative hierzu (12-13), in Australien eine Rede zum Tag der Bisexualität (23.9.) (14), den 1. Bi+Pride in D 2021 mit Bi-Flaggen-Hissungen, Workshop und Demonstration: bipride.de. Welche Aktionen werden Sie wie unterstützen?

Antwort:

CDU und CSU stehen für Vielfalt und Toleranz und wenden sich gegen Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität. So wie wir beispielsweise am 17. Mai, dem Internationalen Tag gegen Homophobie, mit dem Hissen der Regenbogenfahne vor dem Konrad-Adenauer-Haus in Berlin ein sichtbares Zeichen für Offenheit und Vielfalt und gegen Diskriminierung gesetzt haben, werden wir prüfen, welche Initiativen und Aktionen in diesem Zusammenhang auch künftig unterstützt werden können.

8. LSBTI* werden weiter diskriminiert oder noch ungenüg. geschützt: Blutspenden, Transsexuellenges., Grundges. für alle, Anerkennung gem. Elternschaft, geschlechtsangl. OPs an inter* Kindern, Konversionstherapien (20-28). Werden Sie vermehrt auf d. Rat v. Expert*innen hören & Menschenrechte umsetzen?

Antwort:

CDU und CSU wenden sich gegen eine Diskriminierung von Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität. Das Thema Blutspende ist für homo- und bisexuelle Männer sowie transgeschlechtliche Menschen nach wie vor mit hohem Diskriminierungspotenzial verbunden. Die Ungleichbehandlung dieses Personenkreises entspricht weder der medizinischen Notwendigkeit noch der gesellschaftlichen Realität in Deutschland. Bei der 93. Gesundheitsministerkonferenz der Länder am 30. September 2020 haben sich die Länderminister in Berlin bereits auf eine

diskriminierungsfreie Blutspende verständigt. CDU und CSU sind überzeugt, dass die Sicherstellung eines hohen Gesundheitsschutzniveaus von Empfängerinnen und Empfängern von Blutspenden auch mit gleich geeigneten, weniger belastenden Verfahren möglich ist. Wir unterstützen daher die Neubewertung der Kriterien bei der Blutspende. CDU und CSU lehnen Konversionstherapien ab.